

Vermögensaufbau statt Vermögensteuer

Die politische Debatte um Wohlstand und Vermögen scheint in Deutschland die typischen Reflexe auszulösen. Es überrascht nicht, wenn Teile der Grünen bereits heute ihre Wahlagenda erproben, indem Sie die Wiedereinführung einer Vermögensteuer fordern.

Immerhin weisen sie mit ihrer Forderung ungewollt auf ein eklatantes Defizit bundesrepublikanischer Wirtschaftspolitik hin, die schwache Vermögensbildung der Bevölkerung. Die Sache wird übrigens dadurch nicht klüger, dass nahezu alle im Bundestag vertretenen Parteien mit einer Vermögensteuer liebäugeln. Ein Kardinalfehler der deutschen Wirtschaftspolitik ist seit Jahren der völlig fehlende Fokus auf das Thema Vermögensaufbau. Es bedurfte erst der großen Finanzkrise der Jahre 2008 ff, welche dauerhafte reale Negativzinsen nach sich zog, um ein System bloßzustellen, dass bereits seit Jahrzehnten versagt. Sprechen wir es einmal klar an: Die Deutschen sind zwar emsige Sparer und werden dafür weltweit gelobt. Allein ihre Zinsbesessenheit hat sie blind werden lassen für eine grundlegende Wahrheit der Marktwirtschaft. Sie lautet: Vermögen werden in der Wirtschaft und dort in den privaten Unternehmen erarbeitet. Wer also Vermögen durch Kapitalbildung aufbauen möchte, der muss

sich an der Wirtschaft, dort, wo der gesamte Wohlstand des Landes erwirtschaftet wird, beteiligen. Karl Marx, der große Nationalökonom hat diese nachvollziehbare Logik klar vor Augen gehabt und sich selber als Aktionär



an der Wirtschaft beteiligt.

Anstatt aber diesen Kardinalfehler zu korrigieren, was nicht schwer wäre, obsiegt in Berlin stets der Impuls, höhere und neue Abgaben einzuführen. War nicht der Finanzminister unlängst in China

um dort seine sattem bekannte Vorliebe für eine neue Finanztransaktionssteuer zu bewerben?

Dabei wird aber nicht bemerkt, dass man damit lediglich an Symptomen herumdoktert und keineswegs an der Ursache für die asymmetrische Vermögensbildung arbeitet. Hinzu kommt der kleptokratische Impuls, der bei linken Parteien besonders intensiv ausfällt, sich am ehrlich erworbenen Eigentum anderer zu bedienen. Der Fairness halber sei konzediert, dass auch die sogenannten bürgerlichen Parteien dieser Versuchungen kaum widerstehen können.

Die Politik führt seit vielen Jahren die Zügel mit fehlenden Kenntnissen marktwirtschaftlicher Zusammenhänge und im Glanze einer übertriebenen Staatsgläubigkeit, wie man zuletzt beim Eifer des Wirtschaftsministers in Sachen Tengelmann beobachten konnte. Die staatliche Lenkung des Energiesektors ist jedoch ein noch viel gravierenderes Beispiel staatli-

staatlichen Sendungsbewusstseins und seiner desaströsen ökonomischen Folgewirkungen.

Um die Vermögensbildung in Deutschland auf klügere Beine zu stellen, bedarf es einer noch größeren Geldanlagekrise als der heute bereits vorliegenden. Man darf jedoch guter Hoffnung sein, dass genau eine solche Krise über kurz oder lang eintreten wird, denn nahezu alle traditionellen Altersvorsorgesysteme hängen am Zinstropf. Da aber negative Zinsen den Vermögensabbau beschleunigen, wird der Staat die Altersvorsorgesysteme zunehmend aus dem Steuertopf subventionieren müssen. Angesichts der hohen Abgabenquote in Deutschland und einer zunehmenden Überalterung lässt sich das jedoch nicht lange durchhalten, so dass über kurz oder lang ein Bankrott der Altersvorsorge bevorsteht. Wie viele Jahre es noch dauern wird, lässt sich nicht genau abschätzen, wohl aber, dass es so kommt. Die strukturelle Kinderarmut in Deutschland sorgt tendenziell dafür, dass die

Themen Altenpflege, Krankenversicherung und Rente zunehmend durch Steuern finanziert werden müssen.

Angesichts dieses Befunds liegt es zunächst nahe, jene, die ohnehin bereits einen Großteil der Steuern in Deutschland zahlen, noch stärker zu schröpfen. Das geschieht bereits z.B. durch die Erhöhung der Grundsteuern, die ja ihrerseits eine Vermögensteuer darstellen. Von der kalten Progression und dem unabschaffbaren Solidaritätszuschlag wollen wir gar nicht reden.

Klüger und langfristig tragfähig wäre jedoch ein Modell, bei dem alle Bürger möglichst früh anfangen, durch Beteiligung an der Wirtschaft (am besten weltweit), wirklichen Vermögensaufbau zu betreiben. Wäre es nicht vorteilhafter, ein Aktienfondsdepot für jedes neugeborene Baby einzurichten, als Automobile mit 4.000 Euro beim Kauf zu bezuschussen? Man könnte etwa verpflichtend machen, dass ein solches Aktienfondsdepot erst dann steu-

erfrei ins Eigentum übergeht, wenn das Baby von einst einen Schulabschluss erwirbt.

Alternativ könnte man vereinbaren, dass für die Eltern jedes Neugeborenen ein Aktienfondsdepot nach ihrer Wahl eingerichtet wird, über welches sie verfügen dürfen, sobald das Kind einen Schulabschluss erworben hat. An Ideen mangelt es nicht.

Die Beispiele zeigen, dass viele Wege gangbar wären, um endlich den Einstieg in einen sinnvollen langfristigen Vermögensaufbau in Deutschland zu finden. Was fehlt ist Erkenntnis und vor allem Wille. Sicher ist aber, dass der kleptokratische Weg der Grünen und der anderen Linksparteien in den Staatsruin führen.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns